

CDU lenkt im Streit um Kibiz ein - FDP sieht weiter Fragen offen Kibiz: "Weniger Qualität für mehr Plätze"

Im Streit um das Kinderbildungsgesetz lenkt die CDU ein. Die Landtagsfraktion befürwortet nun den Kompromiss von Wohlfahrts- und Kommunalverbänden. Den sehen Kritiker als Verschlechterung an. Auch die FDP ist unzufrieden.

Versöhnliche Töne der CDU-Fraktion

Das berichtete der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Helmut Stahl, am Montag (15.10.07) der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf: Seine Fraktion habe sich darauf verständigt, dass es künftig ein Einrichtungsbudget geben soll, welches am Ende eines Kindergartenjahres nachjustiert werden kann. Weichen Belegung und damit auch die Einnahmen eines Kindergartens um mehr als zehn Prozent von den Planungen ab, dann soll dem Träger der Einrichtung ein Ausgleich gezahlt werden.

Der Vorschlag soll am Mittwochmorgen (17.10.07) mit der FDP abgestimmt werden. Ob es zu dem von der CDU in Aussicht gestellten Durchbruch kommt, bleibt offen. Denn bei den Liberalen macht sich zunehmend Unmut breit. Sie hatten sich zuletzt der Kritik aus Kommunen und Wohlfahrtsverbänden angeschlossen und fühlten sich zunehmend vom Koalitionspartner übergangen. "Aus unserer Sicht müssen entscheidende Fragen noch geklärt werden", lautete die eher verhaltene Reaktion von FDP-Landtagsfraktionschef Gerhard Papke am Dienstag (16.10.07) zum Einlenken der CDU.

Stanz: "Drastische Verschlechterung"

Als einen "Schritt in die richtige Richtung" begrüßte Wolfgang Stadler, Verhandlungsführer der Arbeiterwohlfahrt in NRW, das Ergebnis der Klausurtagung. Er müsse jetzt aber erst einmal abwarten, ob der Vorschlag der Wohlfahrts- und Kommunalverbände eins zu eins umgesetzt werde, bevor er sich detailliert äußern könne. Sicher sei, dass ein Einrichtungsbudget den Druck von den Kindergärten nehme, da sie damit finanziell entspannter planen könnten.

"Mich bringt das auf die Palme", sagte dagegen Gerhard Stranz, Sprecher des Aktionsbündnisses "So nicht", zu der jüngsten Entwicklung im Streit um Kibiz. Der Kompromissvorschlag bringe eine "drastische Verschlechterung" mit sich. Finanzierungsinteressen stünden im Mittelpunkt, und nicht das Wohl der Kinder. Man sei dabei, auf Qualität zu verzichten, um Quantität zu ermöglichen. Zudem habe das Land auf einer "falschen und billigeren" Grundlage kalkuliert. Während der Bund beispielsweise rechne, dass ein Platz für ein Kind unter drei Jahren durchschnittlich 12.000 Euro pro Jahr koste, habe NRW nur 8.000 Euro veranschlagt.

CDU kommt auch Kommunen entgegen

Ein Thema: Elternbeiträge

Auf Verständnis bei der CDU-Mehrheitsfraktion stießen die NRW-Kommunen mit Not-Haushalten. Es werde geprüft, wie finanzschwache Kommunen davon freigestellt wer-

den könnten, einen 19-prozentigen Elternanteil bei den Kosten erheben zu müssen. Damit wolle man den Eltern die Befürchtung vor steigenden Beiträgen nehmen, hieß es aus Kreisen der CDU-Landtagsfraktion.

Die Kommunen sollen nach Auffassung der Christdemokraten nicht von den Aufsichtsbehörden gezwungen werden können, die Elternbeiträge für Kindertagesstätten zu erhöhen. Die einzelne Kommune müsse aber begründet darlegen, dass sie alles versucht habe, fehlende Elternbeiträge einzutreiben, betonte Stahl. Ist der Nachweis schlüssig, soll ein Beitragsdefizit auch ohne Erhöhung der Kita-Beiträge ausgeglichen werden dürfen. Allerdings werde an dieser politischen Absichtserklärung noch im Arbeitskreis Familie gefeilt, sagte Stahl. Auch das Innenministerium prüft noch rechtliche Vorbehalte.

Stand: 16.10.2007, 13:21 Uhr